

Ein Bundesmodell und schon sieben Ländermodelle

Grundsteuerreform entwickelt sich zu einem Flickenteppich

Weitere Themen

Corona-Hilfe III:
DSTG bei
Anhörung im
Finanzausschuss

Strafrecht für
Hinterziehung
von Steuern
verschärft



Liebe Kollegin, lieber Kollege,

vor einigen Tagen las ich in der Süddeutschen Zeitung folgende Aussage: „Die Corona-Krise bietet das perfekte Klima für Korruption. Wo der Staat mit viel Geld um sich wirft, muss er mit Missbrauch rechnen.“

Diese düstere Mutmaßung hat sich auf eine geradezu widerwärtige Weise bewahrheitet. Es gibt inzwischen jede Menge an Betrugsszenarien rund um sogenannte Soforthilfen, November- und Dezemberhilfen und die Überbrückungshilfen I, II, III. Viele Programme wurden mit heißer Nadel gestrickt – mit dem Ergebnis, dass es bei wirklich Bedürftigen hakt, während auf der anderen Seite schamlose

Betrüger den Subventionsbehörden in die Taschen greifen und die Pandemie für ihre egoistischen Zwecke ausnutzen. Inzwischen höre ich jeden Tag: Hätten wir die Hilfen nur in die Hände der Finanzämter gegeben! Na schön, dass man sich an unsere hohe Kompetenz erinnert, aber leider auch erst, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist. Und angesichts unserer dringlichen Aufgaben und vor dem Hintergrund von Tausenden unbesetzten Stellen hätten wir den politischen Wunsch, „schnell und unbürokratisch“ zu handeln, weder erfüllen können, aber auch nicht wollen. Jeder, der nur halbwegs Ahnung von Finanzen hat, weiß, dass die Formel „schnell und unbürokratisch“ zum Tricksen einlädt.

Apropos egoistische Zwecke: Moralisch widerlich ist auch das Verhalten einzelner Parlamentarier, die durch hohe „Provisionen“ im Zusammenhang mit der Beschaffung von FFP2-Masken in schamloser Weise in die eigenen Taschen wirtschafteten. Jeden Tag kommen neue Details ans Licht. Helfen ja! Aber an der Pandemie, an der Not der Bevölkerung verdienen und unseriöse Geschäfte machen, das schlägt dem Fass den Boden aus. Es sind zwar nur einige wenige Übeltäter, aber der Vertrauensschaden in die Politik ist immens.

Dazu passt, dass Wirtschaftsberater infolge staatlicher Berateraufträge bedingt durch Corona bislang rund 100 Millionen Euro an Honoraren erhalten haben, davon nach Presseberichten allein die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY über 37 Millionen Euro. Gerade die Firma, die bei dem Wirecard-Komplex versagt hat, konnte bei der Maskenbeschaffung intensiv mitreden. Die Folge: Es wurde völlig übersteuert eingekauft, sodass auf die Apotheken seither ein Geldregen herunterprasselt! Wo bleibt hier der Bundesrechnungshof? Wo bleibt die Staatsanwaltschaft, um diese Art der Veruntreuung von staatlichem Vermögen zu verfolgen? Im selben Atemzug wird die Forderung der DSTG, den einmaligen Kinder-Bonus in der Corona-Krise von 150 Euro doch bitte zu verdoppeln, abgeschmettert. Zu teuer, hieß es. So verliert man das Vertrauen der Bevölkerung.

Und als ob das nicht schon genug wäre, ergab eine parlamentarische Anfrage, dass der Bund im Jahr 2020 über 433 Millionen Euro für Beraterverträge ausgab. Ein Plus von 46 Prozent. Schon 2019 fand eine Erhöhung von sage und schreibe 63 Prozent statt. Spitzenreiter ist das Seehofer-Ministerium mit 204 Millionen Euro (plus ein Drittel), und auch das Bundesfinanzministerium warf den Beratern fast 53 Millionen Euro in den Rachen. Ich halte es für einen Skandal, dass sich die Politik in so massiver Weise von teuren externen Ratgebern abhängig macht. Ein Mehrwert oder bessere Entscheidungen sind doch in keiner Weise ersichtlich. Und den Sachverstand der Fachleute in den Behörden greift man nicht ab und redet ihn mit Vokabeln wie „bürokratisch“ und „zu langsam“ schlecht.

Es ist ein Punkt erreicht, an dem schleunigst umgesteuert werden muss. Dieser ganze Unsinn kostet nicht nur Geld. Er kostet auch immens Vertrauen, das Lebenselixier in einer Demokratie!

In kollegialer Verbundenheit

Ihr

Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender

> DSTG	
Ein Bundesmodell und schon sieben Ländermodelle: Grundsteuerreform entwickelt sich zum Flickenteppich	4
Steuern und Finanzverfassung: Mehr Steuerwettbewerb der Länder fördert Ungleichheit	5
Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages: Drittes Corona-Steuerhilfegesetz auf dem Prüfstand	6
Jahressteuergesetz verschärft Steuerstrafrecht: Strafverfolger bekommen mehr Zeit	7
Moderne Videoformate ersetzen Präsenzveranstaltungen: Gewerkschaftsarbeit trotz Lockdown mit voller Kraft voraus	8
Neues Dialogformat sorgt für Furore: Stammtisch-Betrachtungen – Thomas fragt Thomas	9
Häusliche Betreuung älterer und kranker Menschen: Pflegekräfte aus dem Ausland – was zu beachten ist	10
Die Tücken der digitalen Gewerkschaftsarbeit aus Sicht der DSTG-Jugend: Die Sehnsucht nach der Rückkehr zu Präsenzveranstaltungen	12
Kurz notiert	13
Fünf Fragen an die Mitglieder der neu gewählten Bundesfrauenvertretung: „Wir engagieren uns für die Frauen in der Finanzverwaltung“	14
Nachgefragt bei ... Harm Thiessen	15
Tauschcke	16
> dbb	
nachrichten	17
hintergrund – Strukturpolitik: Behördenverlagerungen sind kein Wundermittel	18
Die bayerische Heimatstrategie: Weiß-blauer Weg zum Wohlstand für alle	20
nachgefragt bei ... Marco Wanderwitz, Ostbeauftragter der Bundesregierung	22
Digitalpolitik – Open Data	24
die andere meinung	25
Tarifrunde Bund und Kommunen: Redaktionsverhandlungen abgeschlossen	26
frauen – Digitales frauenpolitisches Frühstück der dbb frauen	28
europa – Wie Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent wird	30
drei fragen an ... Svenja Schulze, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	32
zur sache – Corona-Apps: Viel Datenschutz = wenig Wirksamkeit?	33
jugend – Sachgrundlose Befristungen: Versprechen endlich umsetzen	34
vorgestellt – Studie „Bleibbarometer Öffentlicher Dienst“	36
service für dbb mitglieder	38
Öffentlicher Gesundheitsdienst in der Pandemie	40
interview – Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident des Landes Brandenburg	44